



**STOPPT  
DEN KRIEG!**

Ausgabe Nr. 9 • April 2022

**BRAWO**

Mitarbeiter\*innenzeitung AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.



**NRW wählt!**  
Unsere Positionen

**Wenn ich König\*in wäre...**

Kolleg\*innen sagen,  
was sie ändern würden

**Thomas Kutschaty:**  
SPD-Chef stärkt Familien



**NRW  
GERECHTER  
MAGHEN**

**Am 15. Mai  
ist NRW-Wahl**



# Editorial

Liebe Mitarbeiter\*innen,

wir leben in verrückten Zeiten. Zwei Jahre lang hat ein Virus unseren Alltag diktiert: wen wir treffen, wie wir reisen, wie wir arbeiten und so weiter. Jetzt haben wir gerade die Hoffnung geschöpft, dass wieder Normalität einkehrt und wir einen unbeschwernten Frühling genießen können. Und plötzlich herrscht Krieg in Europa. Dortmund und Kiew trennen 1500 Kilometer. Nach Athen oder Madrid sind es deutlich mehr. Auch deshalb blicken wir mit großer Sorge auf Putins Krieg gegen die Ukraine. Denn er geschieht in unserer Nachbarschaft.

Wir sehen Leid, Angst und sinnlose Zerstörung – das macht mich oft fassungslos und wütend. Ich bin froh, dass sich so viele Menschen engagieren, um das Leid der Geflüchteten zu lindern. Viele AWO-Gliederungen und -Einrichtungen haben spontane Hilfs- und Spendenaktionen ins Leben gerufen. Da zeigt sich das starke Fundament unseres Verbandes.

Füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen, ist für die AWO ein wesentliches Merkmal sozialer Gerechtigkeit. Diese zu stärken muss Aufgabe der neuen Landesregierung sein, die wir am 15. Mai wählen. Denn es gilt nun, die Folgen von Putins Krieg und natürlich die der Pandemie zu stemmen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass Schwache eine stärkere Förderung und größere Hilfe erhalten, als diejenigen, die stark und vermögend sind. Bei all den Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie dürfen diejenigen nicht weiter in die Armutsfalle gedrängt werden, die sowieso schon wenig haben.

Mit Blick auf die Landtagswahlen haben wir unsere Vorstellungen von sozial und gerecht formuliert. In unserer Sonderausgabe der BRAWO finden Sie viele Impulse, Anregungen und Denkanstöße.

All dies finden Sie auch in unserem Video-Podcast „Miteinander trotz Corona“. Die 20 Folgen zu verschiedenen Themen finden Sie auf dem YouTube-Kanal des Bezirksverbandes. Wir haben Menschen in unseren Einrichtungen zu Wort kommen lassen, wie sie die Pandemie erlebt haben und welche Schwierigkeiten sie gemeistert haben: Menschen mit Behinderung, Jugendliche, Kinder, Senior\*innen, Mütter in unseren Kurkliniken und natürlich Mitarbeitende. Sie alle legen den Finger in die Wunde: Welche Ungerechtigkeiten hat die Pandemie offengelegt?

Wir können am 15. Mai unser Votum abgeben: am besten für die soziale Kehrtwende, für mehr Wir statt Ich, für mehr Gerechtigkeit.

Ich möchte Sie alle aufrufen: gehen Sie wählen – alles außer rechts.

Herzlichst, Ihr



Uwe Hildebrandt, Geschäftsführer AWO Bezirk Westliches Westfalen



## STOPPT DEN KRIEG!

Unsere **Solidarität** gilt den Menschen in der Ukraine. **Respekt** zollen wir allen Russinnen und Russen, die gegen den Diktator Putin aufbegehren. **Putin ist nicht Russland!**

In der AWO arbeiten wir alle zusammen, egal ob wir ukrainischer, russischer, deutscher oder anderer Herkunft sind. Wir sind gemeinsam da für alle Menschen, die unsere Hilfe brauchen. **Hass, Hetze und Kriegs-Propaganda tolerieren wir nicht!**

### IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.  
Kronenstraße 63 – 69 • 44139 Dortmund

V.i.S.d.P.: Jörg Richard

Text: Katrin Mormann, Johanna Behrens

Grafik/Layout: Puy Yeu Sandau

Fotos: S. 2 smile23 – stock.adobe.com, S. 3 Rüdiger Tillmann, gmf-design, S. 5 AWO WW, S. 6 AWO WW und privat, S. 7 – 8 AWO WW

Ausgabe Nr. 9 • April 2022 • Auflage: 7.000

## NRW sozial und gerecht machen



Die vergangenen zwei Jahre lassen keine Zweifel: Wer wenig hat, den trifft die Krise härter. Kinder, die ohne Technik und elterliche Hilfe das Distanzlernen bewältigen mussten, Menschen mit kleinem Einkommen, die keine finanziellen Puffer in Phasen der Kurzarbeit hatten und Familien, die Lockdowns in zu engen Wohnungen verbringen mussten – die Unterschiede und Ungerechtigkeiten in den Lebenswirklichkeiten der Menschen hat die Corona-Pandemie deutlich offengelegt.

Soziale Gerechtigkeit zu schaffen, muss deshalb das oberste Ziel allen politischen Handelns sein. Sie ist die Voraussetzung für ein friedliches und freundliches Zusammenleben aller Menschen in NRW.



Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht von selbst. Dazu braucht es starke soziale Sicherungssysteme, die es allen Menschen ermöglichen, an Bildung, Kultur, Bürgerrechten, Gesundheit und Wohlstand teilzuhaben. Durch mangelnde persönliche, finanzielle Ressourcen darf niemand ausgeschlossen werden. Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit dürfen nicht zur persönlichen, finanziellen Katastrophe werden.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle füreinander Verantwortung übernehmen und so eine solidarische Gemeinschaft bilden.

Es ist eine Binsenweisheit, muss aber trotzdem immer wieder gesagt werden: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache! Auch und besonders bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in unserem Land. Soziale Gerechtigkeit heißt auch, dass Schwache eine stärkere Förderung und größere Hilfe erhalten als diejenigen, die bereits stark und vermögend sind. Soziale Gerechtigkeit darf nicht abhängig sein vom Geschlecht und damit verbundenem Gender-Pay-Gap oder dem Familienstatus: Alleinerziehend, verheiratet, verwitwet.



Die Corona-Pandemie und die Folgen von Putins Krieg gegen die Ukraine, haben diese fatale Entwicklung noch deutlicher sichtbar gemacht und weiter verschärft. Diese Ungerechtigkeit grenzt Menschen aus, spaltet unsere Gesellschaft und fördert u. a. den Zulauf zu rechtsextremen Kräften.

Die Landtagswahl am 15.05.2022 nehmen wir zum Anlass, unsere Vorstellung von sozial und gerecht zu formulieren. Für die Kindergärten und Offenen Ganztagschulen. Für die Pflege alter und die Teilhabe junger Menschen. Für Wohnungslose, Alleinerziehende, Arbeitslose und Geflüchtete. Auch zu den großen Themen Klimakrise, Nachhaltigkeit und Gendergerechtigkeit positionieren wir uns.

Wir konfrontieren die Politiker\*innen der demokratischen Parteien mit unseren Forderungen.

Wir fordern alle Wahlberechtigten auf, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Gehen Sie wählen – aber nicht rechts. So schaffen wir gemeinsam ein soziales und gerechtes NRW.



**AWO** Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband  
Westliches Westfalen e.V.

**NRW  
GERECHTER  
MACHEN**

**Am 15. Mai  
ist NRW-Wahl**

**Unsere Position  
zur Landtagswahl**



# „Die größte Herausforderung ist die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels“

**M**it dem Vorstandsvorsitzenden Michael Scheffler und Geschäftsführer Uwe Hildebrandt haben wir über ihre Erwartungen an die neue Landesregierung gesprochen, die am 15.05. in Nordrhein-Westfalen gewählt wird.



**Herr Scheffler, Rio Reiser hat mal einen Song mit dem Titel „König von Deutschland“ veröffentlicht, in dem er seinen Wünschen musikalisch freien Lauf lässt. Das klingt natürlich verlockend. Was würden Sie denn als erstes ändern, wenn Sie „König“ von NRW wären?**

**Michael Scheffler:** Da die Kinder und Jugendlichen die großen Verlierer der Pandemie sind, würde ich durch das Land reisen und mit ihnen sprechen. Aus den Ergebnissen dieser Gespräche würde ich ein großes Programm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen auflegen, um zu kompensieren, was man ihnen genommen und ange-tan hat. Ich glaube nämlich, dass die Kinder ihre Bezugspersonen in der Kita oder in der Schule und ihre Kumpel und Kumpelinen brauchen, auf die sie zum Teil verzichten müssen. Und zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass zu Hause nicht immer Friede, Freude, Eierkuchen herrscht, sondern dort hat es wahrscheinlich auch mal Konflikte gegeben.



**Herr Hildebrandt, und Sie?**

**Uwe Hildebrandt:** Ich würde wie Dagobert Duck den Geldspeicher öffnen, aber für eine gerechte Verteilung der Corona-Prämie. Es ist unerträglich, dass aktuell darüber diskutiert wird, dass auch Beamte, die die letzten zwei Jahre im Home-Office kaum Kundenkontakt hatten, eine zweite Prämie erhalten sollen, während andere Berufsgruppen bis heute noch keine einzige erhalten haben. Da denke ich an unsere Kitas und an unsere offenen Ganztagschulen.

Denn selbst als die Schulen geschlossen hatten, war die OGS geöffnet und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich um die Kinder gekümmert und sich gleichzeitig einem Gesundheitsrisiko ausgesetzt.



**Was sind in Bezug auf den Bezirk die größten Herausforderungen der Landespolitik?**

**Michael Scheffler:** Die größte Herausforderung ist die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels, der sich inzwischen eigentlich in allen Bereichen darstellt. Die Märkte sind gewissermaßen leergefegt. An die Landesregierung habe ich die klare Erwartung, dass sie sich dem Thema Schule und Beruf zuwendet und dafür sorgt, dass Ausbildungen für junge Menschen mit Abschlüssen von allen Schulformen zugänglich sind. Einen Verdrängungswettbewerb darf es nicht geben. Auch das große Thema Wohnen bewegt viele Menschen. Besonders junge Menschen können die teils hohen Mieten kaum stemmen. Und die Wohnung muss auch geheizt werden. Das Thema Energiearmut wird in Zukunft ebenfalls eine Rolle spielen. Auch der Klimaschutz steht auf unserer Agenda. Dieser kann nur funktionieren, wenn es genug flächendeckenden ÖPNV gibt.



**Stichwort Klimaschutz... welche Anreize braucht es?**

**Uwe Hildebrandt:** Wir brauchen andere Refinanzierungsregelungen. Wir investieren in diesem Jahr 25 Millionen in die Bestandshäuser, unter anderem um neue Heizungen zu installieren. Das eingesparte Geld könnte als Kostensenkung bei den nächsten Pflegesatzverhandlungen vom Pflegesatz abgezogen werden. Das heißt wir profitieren nicht von den Investitionen. Und auch andere Investitionen wie beispielsweise Verschattungsanlagen werden gar nicht finanziert. Diese sind eine umweltfreundliche Alternative zu Klimaanlageanlagen und zudem in den Seniorenzentren im Rahmen des Klimawandels ratsam.



Michael Scheffler  
Vorsitzender  
AWO Bezirk Westliches Westfalen

Uwe Hildebrandt  
Geschäftsführer  
AWO Bezirk Westliches Westfalen

## ? Welche dringenden Anpassungen sind in der Pflege nötig?

**Uwe Hildebrandt:** Der Eigenanteil muss unbedingt begrenzt werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Wir wehren uns gegen eine weitere Privatisierung der Bereiche. Wo es um Kitas, OGS und Pflege geht, hat Rendite- und Gewinnerwartung nichts zu suchen. Da geht es um Chancengerechtigkeit und um die letzte Lebensphase für Menschen, die dieses Land aufgebaut haben und die haben es nicht verdient am Ende ein Rendite-Objekt zu werden.

**Michael Scheffler:** Da darf auch die Einführung der Pflegebürgerversicherung nicht fehlen; eine Forderung, die wir seit langer Zeit haben. Zusätzlich wünsche ich mir von der Politik, dass eine verbindliche Sozialplanung für ältere Menschen zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird.

## ? Stichworte Kita und OGS. Die Pandemie hat gezeigt, dass diese Bereiche existenzrelevant für Familien und Bildungsgerechtigkeit sind. Wie stärken wir die Einrichtungen, damit sie diese wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben stemmen können?

**Uwe Hildebrandt:** Bildung muss kostenlos sein. Eine Spaltung darf nicht schon bei den Kleinsten in der Kita beginnen. Private Anbieter haben teilweise Kursangebote, die kostenpflichtig sind. Das können sich nur die Eltern leisten, die genug Geld haben. So eine Spaltung gibt es bei der AWO nicht. Ich habe immer gedacht, dass wir in einem Land leben, in dem jeder die gleiche Chance bekommt. Auch Integration kann so nicht funktionieren, da müssen Kommunen stärker in die Verantwortung genommen werden, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

**Michael Scheffler:** Der richtige Weg wäre, wenn wie im österreichischen Burgenland alle privaten Träger von Seniorenzentren innerhalb der nächsten fünf Jahre in die Gemeinnützigkeit übergehen müssten. Das würde ich übrigens auch einführen, wenn ich König von Deutschland wäre...

## ? Ob zuhause oder in der Pflege – vor allem Frauen haben in der Pandemie sehr viel leisten müssen. Besonders hart hat es Alleinerziehende und ihre Kinder getroffen. Was braucht es, um Alleinerziehende zu stärken?

**Michael Scheffler:** Man muss sich darauf verlassen können, dass das Angebot in Kindergarten und Grundschule aufrechterhalten wird. Ich kenne viele Alleinerziehende, die sagen „ohne Oma und Opa könnte ich gar nicht arbeiten“. Ein weiterer Ansatz wäre es, die Grundschulen zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Zudem gibt es einen hohen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Armutsquote bei Kindern, die trotz boomender Konjunktur gestiegen ist. Eine Art Feuerwehrgeld könnte Alleinerziehenden schnell und gezielt in einer Notsituation helfen. Zudem setzen wir als AWO große Hoffnungen darauf, dass auf Bundesebene unsere alte Forderung nach der Kindergrundsicherung umgesetzt wird. Das Motto „Kein Kind zurücklassen“ gilt nach wie vor.

**Uwe Hildebrandt:** Wenn wir erwarten, dass es verkaufsoffene Sonntage gibt, dann müssen die Verkäuferinnen und Verkäufer auch die Chance haben, ihre Kinder am Wochenende oder zu Randzeiten in der Kita betreuen lassen zu können. Wenn wir an die Alleinerziehenden denken, müssen wir auch an die Kinderbetreuung denken. Wir würden gerne Alternativen schaffen, aber dafür braucht es Fachkräfte und ein bestimmtes Budget.

## „Wenn ich Königin von Deutschland wär...“



Was dann? Der eine oder andere wird schon mal darüber nachgedacht haben: Was würde ich sofort ändern, wenn ich es könnte? Was würde ich am liebsten abschaffen oder einführen? Wir haben uns in den verschiedenen Bereichen des Bezirksverbandes umgehört und die Kolleg\*innen gebeten, es wie Rio Reiser in seinem legendären Song zu machen: Einfach mal gedanklich die Krone aufzusetzen und zu träumen....



**Muna Hishma, Abteilungsleitung Soziales, Fachbereichsleitung Arbeitsmarktpolitik/ Jugendsozialarbeit:**

„Ich würde Kinderarmut abschaffen und dafür sorgen, dass jedes Kind das bekommt, was es braucht, um gesund und glücklich groß zu werden. Und ich würde dafür sorgen, dass jeder Mensch eine Arbeit bekommen kann, die ein gutes Leben möglich macht!“



**Elke Herm-Riedel, Bereich Wohnen und Leben im Alter, Regionalleitung Süd:**

„Ich würde für eine generationengerechte Finanzierung der Pflege sorgen, damit gute Pflege auch in Zukunft gewährleistet werden kann und finanzierbar ist. Selbstbestimmtes Leben im Alter und/oder bei Pflegebedürftigkeit ist vor allem eine finanzielle Frage.“



**Brigitte Hentschel, Referentin im Geschäftsbereich Wohnen und Leben im Alter:**

„Ich würde eine Bürgerversicherung einführen, um eine gerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung zu schaffen. Außerdem würde ich das Thema Pflege ganz oben auf meine Agenda setzen, weil es in der Landespolitik eigentlich immer viel zu stiefmütterlich behandelt worden ist.“

**Philipp Euler, Abteilung Soziales, Fachbereichsleitung Migration:**

„Ich würde klarstellen, dass sich niemand seine Herkunft, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung aussuchen kann. Zum Problem wird es nur, wenn man jemanden dafür verurteilt – und dies zu tun oder nicht zu tun kann sich sehr wohl jeder selbst aussuchen.“



**Julia Otto, Abteilung Soziales, Fachbereichsleitung Eingliederungshilfe:**

„Ich würde dafür sorgen, dass wir nicht mehr von Inklusion sprechen, sondern sie Realität ist.“



**Gabriele Borchmann, Bereich Wohnen und Leben im Alter, Regionalleitung Nord:**

„Wenn ich dann Königin von Deutschland wäre würde ich die Kinder- und Altenarmut abschaffen, allen Menschen einen Zugang zu einer geförderten Bildung ermöglichen und für die notwendige Sicherheit der Menschen sorgen.“



**Michael Borchert, Einrichtungsleiter Seniorenzentrum Kierspe:**

„Ich würde enorm in Bildung und Medienkompetenz investieren. Angesichts des Unfugs, den Menschen bereit sind, zu glauben, ist es sicher an der Zeit. Da Bildung am Besten in trockenen und warmen Räumen gelingt, würde ich vorher gerne noch die vielen maroden Schulgebäude sanieren.“





## NRW gerechter machen: Familien im Fokus

Thomas Kutschaty, Vorsitzender der NRW SPD, war Ende März in Gelsenkirchen zu Gast auf dem Frühjahrsempfang des Bezirksverbandes. Vor einer wegen der Corona-Pandemie begrenzten Teilnehmerzahl sprach Kutschaty unter anderem über seine Pläne für NRW. Ein besonderes Anliegen waren dem SPD-Landeschef die Familien in NRW.

„Familien brauchen mehr Zeit. Und sie brauchen mehr Geld. Für beides wird eine SPD-geführte Landesregierung sorgen. Wir werden die Kinderbetreuung im Land deutlich ausbauen – von der Kita bis zur Offenen Ganztagschule“, so Kutschaty, der zudem ankündigte, die Kita-Gebühren in ganz NRW abzuschaffen. „Sie sind ungerecht. Sie sind unvernünftig. Und sie sind viel zu hoch.“

Ein weiterer Punkt: „Wir werden für alle Kinder und Jugendlichen ein kostenfreies Ticket für den öffentlichen Nahverkehr einführen,“ so Kutschaty. Das spare Geld, mache junge Menschen mobiler und das auch noch umweltfreundlich.

Gerechte Familienpolitik umfasst für den SPD-Vorsitzenden auch das Thema Wohnen. „Keine Familie darf ihr Zuhause verlieren, weil Mieten unbezahlbar werden“, sagte er und kündigte an: „Wir werden 100.000 neue Wohnungen im Jahr bauen. Mindestens 25.000 davon werden mietpreisgebunden sein, d. h. sie werden für Familien außergewöhnlich günstig sein. Zudem werden wir den Mieterschutz wieder stärken.“

Die wichtigsten Punkte auf einen Blick:

- 100.000 neue, bezahlbare Wohnungen jedes Jahr
- 1000 Talentschulen für mehr Bildungsgerechtigkeit
- 1000 modernisierte Wohnquartiere für mehr Klimaschutz.
- Keine Krankenhausschließungen
- Keine Straßenausbaubeiträge mehr
- Null Euro Kitagebühren
- Kostenfreier ÖPNV für jedes Kind.

### AWO NRW positioniert sich vor der Wahl

Alleinerziehende, Pflegepolitik, Offener Ganzttag und vieles mehr – Die AWO NRW hat im Vorfeld der Landtagswahlen ein Positionspapier entwickelt, das konkrete Forderungen an die neue Landesregierung stellt. Das Positionspapier findet ihr unter:



[www.awo-nrw.de/aktionen-und-kampagnen](http://www.awo-nrw.de/aktionen-und-kampagnen)

# Miteinander trotz Corona



Geschichten, die Corona schrieb. Die AWO erzählt sie. Im AWO Video-Podcast „Miteinander trotz Corona“ kommen unterschiedliche Menschen aus dem westlichen Westfalen zu Wort. Sie berichten vor der Kamera wie sie die Pandemie erlebt haben, welche Krisen sie meistern mussten und wie sie ihren (beruflichen) Alltag umgestaltet haben.

Wie hat uns die Pandemie geprägt und vor allem: Welche politischen Konsequenzen ergeben sich nun?

Infos unter: [www.awo-ww.de/videopodcast](http://www.awo-ww.de/videopodcast)



**Film ab!**



Gefördert durch die

**GlücksSpirale**